

Ist das Jugendheim Aarburg schon bald Geschichte?

Der Aargauer Regierungsrat entscheidet Mitte 2023 über die Varianten Neubau oder bauliche Massnahmen am bisherigen Standort.

Janine Müller

Wird das Jugendheim in den historischen Gemäuern der Festung Aarburg bald aufgehoben? Die Antwort darauf ist im Sommer 2023 zu erwarten. Bis dann will der Regierungsrat über die Zukunft des Heims entscheiden, wie er am Montag mitteilte. Zum Entscheid, den Standort zu überprüfen, hat der teure und personalintensive Unterhalt beigetragen. Zudem sorgten Ausbrüche von Jugendlichen in der Vergangenheit immer wieder für Schlagzeilen.

Das 1893 gegründete Jugendheim Aarburg hat etwas mehr als 40 stationäre Wohnplätze, wo jugendstrafrechtliche und zivilrechtliche Massnahmen für männliche Jugendliche ab 14 Jahren durchgeführt werden. «Das Jugendheim hat die Aufgabe, Jugendliche mit pädagogischen und therapeutischen Mitteln dabei zu unterstützen, sich in der Gesellschaft selbstverantwortlich einzugliedern», heisst es in der Mitteilung. Die Jugendlichen werden beschult oder haben die Möglichkeit, eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Der Regierungsrat hatte das Innendepartement, unter anderem nach einer Interpellation der damaligen Grossrätin Martina Bircher (SVP, Aarburg), beauftragt, eine externe Evaluation des Jugendheims durchzuführen und verschiedene Entwicklungsvarianten aufzuzeigen. «Der Evaluationsbericht von Ende August 2019 empfahl, langfristig die Verlegung aller Wohngruppen des Jugendheims



Die Festung Aarburg beherbergt aktuell noch das kantonale Jugendheim. Doch wie lange noch?

Bild: André Albrecht / Archiv

an einen neuen Standort ausserhalb der historischen Festungsanlage zu prüfen», heisst es in der Mitteilung. Darauf liess der Regierungsrat Varianten für den «zukunftsgerichteten Jugendheimbetrieb» prüfen: einen Neubau ausserhalb der Festung Aarburg und als zweite Variante bauliche Optimierungsmassnahmen auf der Festung.

Für einen Neubau wird ein Standort gesucht

Nun hat der Regierungsrat beschlossen, die Variante Neubau ausserhalb der Festung Aarburg weiterzuverfolgen. Ein Neubau entspreche dem Nutzungsbedürfnis optimal, so die Begrün-

dung. «Raumfunktionen und funktionale Abhängigkeiten können aufeinander abgestimmt werden. Ein Neubau kann übersichtliche Raumstrukturen, Aussenflächen für Sport und Bewegung sowie optimale Betriebsabläufe schaffen», heisst es in der Mitteilung. Auch Sicherheitsaspekten könne besser Rechnung getragen werden.

Der Regierungsrat nun das Innen- und das Finanzdepartement beauftragt, bis Mitte 2023 einen Standort für einen Neubau des Jugendheims zu evaluieren. Bei einem Neubau stellt sich die Frage der künftigen Nutzung der Festungsräumlichkeiten in Aarburg. «Der Regie-

rungsrat hat ein Konzept in Auftrag gegeben, um die Ergebnisse der bisherigen Abklärungen weiterzuentwickeln, zu vertiefen und zu konkretisieren sowie die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen», heisst es in der Mitteilung. «Die alternativen Nutzungen sollen nach Möglichkeit kostenneutral erfolgen.»

Dabei sei neben dem Engagement der öffentlichen Hand auch eine Zusammenarbeit mit privaten Nutzerinnen und Nutzern zu prüfen. Erste Überlegungen betreffen Tourismus, Gastronomie, Kultur, Seminare und Wohnen; diese werden nun in Zusammenarbeit mit interessierten und betroffenen Kreisen

weiterentwickelt. Die Regierung wird den Variantenentscheid bis Mitte 2023 treffen, sobald die Standortabklärungen für den Neubau und die Konkretisierungen der alternativen Nutzungsmöglichkeiten für die Festungsanlage Aarburg vorliegen.

Gemeinderat Aarburg begrüsst die Abklärungen

Für den Aarburger Gemeinderat sind diese Pläne des Kantons keine Überraschung. Vor der Coronapandemie wurde eine Arbeitsgruppe einberufen, dabei waren unter anderen Hans-Ruedi Hottiger vom Regionalplanungsverband Zofingenregio und Vertreter von Aargau Tou-

rismus. Es ging darum abzuklären, wie die Festung alternativ genutzt werden könnte. «Wir begrüssen den Entscheid, dass die Situation angeschaut wird», sagt Gemeindeammann Hans-Ulrich Schär. «Es stehen Investitionen an, entsprechend ist es legitim, dass der Kanton eine Auslegeordnung macht.» Dennoch: Ganz emotionslos könne der Gemeinderat die Abklärungen nicht hinnehmen. Immerhin sei das Jugendheim seit über 125 Jahren ein fester Bestandteil des Städtli, so Schär.

Aber: Dass das Jugendheim in der Festung untergebracht sei, habe auch seine Nachteile. «Die Festung ist öffentlich nicht zugänglich, die Allgemeinheit hat kaum etwas davon.» Bei einer allfälligen Umnutzung gibt es aber zwei Hauptschwierigkeiten: einerseits die Parkierungsmöglichkeiten beziehungsweise den Verkehr im Allgemeinen, andererseits die Zugänglichkeit für Handicaperte.

Unklar ist, ob der Kanton Aarburg als Standort für einen Neubau in Betracht zieht oder nicht. Zudem muss auch der Grosse Rat zu einem allfälligen Neubau und zur Umnutzung der Festung Ja sagen. «Es dauert also bestimmt noch zehn Jahre, bis es so weit ist», sagt Schär. Ausserdem sei fraglich, ob der Grosse Rat einer Doppelinvestition zustimmt. Bis dahin wird sich eine Arbeitsgruppe um das Thema kümmern. Von der Gemeinde Aarburg sind Vizeammann Martina Bircher sowie Geschäftsleiter Marcel Schneeberger darin vertreten.